

Antrag 2026/I/Ges/3

Jusos Hamburg

Die Hebammenversorgung am Limit: Jetzt handeln für eine sichere Geburtshilfe!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg, möge mit anschließender Weiterleitung an den Bun-
2 desparteitag der SPD beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen
3 Bürgerschaft und des Bundestages setzen sich mit Nachdruck im Rahmen ihrer jeweiligen Ge-
4 setzgebungskompetenz für die sofortige Umsetzung umfassender Maßnahmen zur Sicherstel-
5 lung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Geburtshilfe ein. Wir fordern: • Sys-
6 temwechsel in der Vergütung: weg von pauschalen Abrechnungen hin zu einer differenzierten,
7 wertschätzenden und patientenorientierten Vergütung. • Die Rufbereitschaftspauschale soll
8 auf mindestens 500 Euro monatlich, perspektivisch auf 700 Euro monatlich, angehoben wer-
9 den. • Deutliche Erhöhung der Vergütung für Hausgeburten und Beleggeburten. • Einführung
10 eines regelmäßigen Inflationsausgleichs für Hebammenleistungen im GKV-Leistungskatalog. •
11 Vergütung von Anfahrtszeiten bei Hausbesuchen, insbesondere in ländlichen Regionen. • Ein-
12 führung einer zusätzlichen Pauschale für Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand. • För-
13 derung der flächendeckenden Einführung von Hebammenstudiengängen. • Methodische und
14 finanzielle Stärkung von Praxisanleitungen im Hebammenstudium. (Konkret: Einführung einer
15 bundesweiten einheitlichen Vergütungspauschale für Praxisanleiter*innen sowie Bereitstel-
16 lung didaktischer Qualifizierungsangebote.). • Bundesweite Förderung mietfreier oder mietre-
17 duzierter Räume für freiberufliche Hebammen. • Langfristig fordern wir: Einführung eines ge-
18 setzlichen Mindeststandards für die Geburtshilfe: eine Hebamme pro gebärende Person wäh-
19 rend der aktiven Geburtsphase (1:1-Betreuung).

20 **Begründung**

21 Die Geburtshilfe in Deutschland steht vor erheblichen Herausforderungen: Hebammen sind
22 überlastet, unterbezahlt und verlassen zunehmend ihre Berufe. Dies gefährdet die Versorgung
23 und die Wahlfreiheit von Gebärenden. Der Hebammenberuf umfasst insbesondere die selb-
24 ständige und umfassende Beratung, Betreuung und Beobachtung von Gebärenden während
25 der Schwangerschaft, bei der Geburt, während des Wochenbetts und während der Stillzeit, die
26 selbständige Leitung von physiologischen („natürlichen“) Geburten ohne medizinische Eingrif-
27 fe wie bei einem Kaiserschnitt sowie die Untersuchung, Pflege und Überwachung von Neu-
28 geborenen und Säuglingen (vgl. § 1 Hebammengesetz). Der Begriff Hebamme wird dabei ge-
29 schlechtsunabhängig verwendet, erfasst sind auch die bis zur Reform des Hebammengesetzes
30 als Entbindungspfleger bezeichneten Personen. Die Arbeitsbedingungen für Hebammen müs-
31 sen verbessert werden, um den Beruf langfristig attraktiv zu gestalten. Außerdem ist eine an-
32 gemessene Bezahlung für freiberufliche und angestellte Hebammen essenziell, um diesen sys-
33 temrelevanten Beruf wirtschaftlich tragfähig zu machen. Zuletzt müssen die Ausbildungskapa-
34 zitäten erweitert und qualitativ hochwertig gestaltet werden, um dem Bedarf an Fachkräften
35 gerecht zu werden. Diese Maßnahmen entsprechen unter anderem zentralen Forderungen des
36 Deutschen Hebammenverbands (DHV) und sind notwendig, um die freiberufliche Arbeit von

37 Hebammen finanziell tragfähig zu gestalten. Die aktuelle Vergütung bildet den tatsächlichen
38 Zeitaufwand, die ständige Verfügbarkeit und die gestiegenen administrativen Anforderungen
39 nicht ausreichend ab. Besonders die niedrige Rufbereitschaftspauschale, fehlende Fahrtkos-
40 tenvergütung und unzureichende Honorierung von Haus- und Beleggeburten gefährden die
41 Versorgungssicherheit. Ein regelmäßiger Inflationsausgleich sowie eine gesonderte Pauschale
42 für Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand sind unerlässlich, um dem Fachkräftemangel
43 in der Geburtshilfe entgegenzuwirken und die Versorgung wohnortnah zu sichern. In Ham-
44 burg wurden bereits wichtige Schritte unternommen, um die Geburtshilfe zu stärken. So wur-
45 de das Studium der Hebammenwissenschaft eingeführt, und es existieren Programme zur Un-
46 terstützung beim Berufs- und Wiedereinstieg. Es bedarf jedoch darüber hinaus bundesweiter
47 Maßnahmen und Förderprogramme, um die Sicherheit der Gebärenden bundesweit zu sichern.
48 Sparpolitik darf nicht auf dem Rücken von Gebärenden ausgetragen werden!